

Euroland durch Reformen retten

Ein Kommentar

Das Euroland ist mit der „unwiderruflichen“ Fixierung der Wechselkurse zum 1.1. 1999 nach der sehr kurzen Zeitvorgabe im Maastrichter Vertrag, der erst 1992 ratifiziert wurde, gestartet. Die Mitgliedschaft erfolgte auf der Basis von Konvergenzkriterien, die vor allem dem Ziel eines stabilen monetären Mantels dienen. Neben der Beschränkung der Inflationsrate und des Kapitalmarktzinses durfte die jährliche Neuverschuldung 3 % am Bruttoinlandsprodukt bzw. die Gesamtschulden nicht 60% überschreiten. Heute ist kaum noch bekannt, dass beispielsweise Italien und Belgien die fiskalischen Konvergenzkriterien bereits beim Start nicht erfüllt hatten. Eine der wichtigsten Gründungsdogmen war die „No Bail-out“- Klausel. Damit wurde klar gestellt, dass andere Mitgliedsländer nicht verpflichtet werden können, einem Land, das in eine exzessive Haushaltskrise gerät, Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. Der Fall einer nicht aus eigener Kraft zu lösenden fiskalischen Krise eines Mitgliedslandes ist mit der vor allem durch die Kohl/Waigel-Bundesregierung verbreiteten Illusion, die Währungsunion wird schon die notwendige gesamtwirtschaftliche Konvergenz zum Nutzen aller Mitgliedsländer herstellen, verdrängt worden.

Der 7. Juni dieses Jahres wird in die Geschichte des elf Jahre alten Eurolandes eingehen. Geschaffen wurde mit einer Laufzeit von drei Jahren ein umfassender Rettungsschirm mit einem durch die Euroländer eingebrachten Gesamtvolumen von insgesamt 500 Mrd. € und einer zusätzlichen Manövriermasse von 250 Mrd. € durch den Internationalen Währungsfonds. Deutschland ist entsprechend seinem Kapitalanteil an der Europäischen Zentralbank mit einem Potenzial an Bürgschaften von knapp 120 Mrd. € dabei. Die dazu nach luxemburgischem Recht gegründete „European Financial Stability Facility (EFSF)“ steht allen Mitgliedsländern, die aus eigener Kraft ihre öffentliche Haushaltsnotlage nicht bewältigen können, zur Verfügung.

Mit der Schaffung dieses erst einmal auf drei Jahre befristeten Krisenmechanismus für notleidende Länder unter dem Regime der Eurowährung ist endgültig eine Illusion bei der Gründung der Euro-Währungsunion nach dem Maastrichter Vertrag zu Grabe getragen worden. Der Fall, dass beispielsweise Irland durch die Rettung von maroden Banken infolge der Finanzmarktkrise aus eigener Kraft nicht zu sanieren ist, war im Vertrag nicht vorgesehen worden. Ein in fiskalische Not geratenes Mitgliedsland kann jetzt zur Rettung des Eurosystems auf Finanzhilfen zurückgreifen. Allerdings ist dieser Krisenmechanismus zur Stabilisierung des Eurolandes heftig umstritten. Der Vorwurf von der Schaffung einer Transferunion, ja einer gefährlichen Inflationsge-

meinschaft, macht die Runde. In einer Anzeige der „Süddeutschen Zeitung“ ist unter dem provokanten Titel „Der Euro sprengt Europa“ dafür geworben worden, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Rettungsschirm zu unterstützen. Übrigens sind die Kläger um Wilhelm Hankel auch diejenigen, die bereits gegen die Einrichtung der Währungsunion nach dem Maastrichter Vertrag erfolglos geklagt hatten. Ihnen geht es um den Rauswurf von insolventen Staaten, wenn nicht vermeidbar, um eine Währungsunion mit wenigen Kernländern oder am besten um ein Zurück zur D-Mark und zur Deutschen Bundesbank. Die dadurch erneut aufgeworfene Diskussion um die Vor- und Nachteile einer gestärkten Währungsunion muss also unbedingt geführt werden. Denn es fällt auf, die Kritiker des Eurolandes konzentrieren sich vorrangig auf ein Zusammenbruchsszenario. Sie zeichnen die ökonomisch-politischen Nachteile in düsteren Farben. Völlig ausgeklammert bleiben die Vorteile dieser Gemeinschaftswährung sowie die Nachteile eines Rückfalls in nationale Währungen, wie etwa in das D-Mark-Regime. Im elften Eurojahr lassen sich Erfolge aufzählen: Trotz vieler Befürchtungen, der Euro werde zu einem Teuro, hat sich der Geldwert überraschend stabil entwickelt. Auf einer Tagung des „Politischen Clubs“ in der Evangelischen Akademie Tutzing hat am 13. November der Präsident der EZB, Jean Claude Trichet, in einer viel beachteten Rede auf eine Inflationsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex von 1,97% im Durchschnitt der letzten zehn Jahre im Euroland stolz verwiesen. Auch hat sich der Wechselkurs des Euros gegenüber anderen Währungen gut positioniert. Der anerkannte Außenwert hat den Euro auch zu einer weltweit interessanten Anlagewährung gemacht. Schließlich ist durch den einheitlichen Euroraum den früheren Spekulanten gegen einzelne Währungen ein gigantisches Geschäftsfeld entzogen worden. Die Spekulationswucht, die eine noch existente D-Mark in der letzten Finanzmarktkrise durchlitten hätte, wäre vor allem für die exportierende Produktionswirtschaft zur schweren Last geworden. Vom einheitlichen Währungsraum profitiert die deutsche Exportwirtschaft, die über 43% der Exporte in die anderen Mitgliedsländer liefert.

Es lohnt sich nicht nur für Deutschland, den Euro zu stärken. Dazu müssen die Gründungsfehler überwunden werden und die Währungs- in eine Wirtschaftsunion integriert werden. Der drei Jahre beschränkte Rettungsschirm schafft Zeit, bei Abschottung gegen Spekulanten die notleidenden Länder zu sanieren. Wie Griechenland lehrt, ist den Geiern im Spekulanteland bis Sommer 2013 das Aas entzogen worden. Irland sollte ebenfalls unverzüglich zur Stabilisierung des Euros Finanzhilfen in Anspruch nehmen und sich dadurch gegen Spekulanten abschotten. Darüber hinaus muss auch das Kontroll- und Sanktionssystem zur Vermeidung exzessiver Defizite öffentlicher Haushalt ausgebaut werden. Wie bereits zu Beginn der Griechenland-Krise klar sein musste, ist die Einrichtung eines transparenten Euro-Krisenmechanismus (EKM), den in ihrem jüngsten Gutachten auch die „Fünf Weisen“ verlangen, nicht vermeidbar. Auch ist eine Ordnung für insolvente Mitgliedsländer

vorzusehen. Dazu gehört der Mut, künftig Gläubiger per flexibler Vertragsklauseln über ihr Eigentum an Staatsanleihen an der Sanierung zu beteiligen („hair cut“). So wie es der visionäre Kommissionspräsident Jacques Delors 1989 festgehalten hat, muss schließlich die Währungsunion durch eine Wirtschaftsunion komplettiert werden. Zur koordinierten Politik in der EU gehört auch die Stärkung einer Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion.

November 2010